

ANTI KRIEGS TAG



**Nie wieder
Krieg!
Rüstet
endlich ab!**

PROGRAMM am und zum Antikriegstag

Mit dem Antikriegstag am 1. September erinnern Friedensbewegung und Gewerkschaften an den Beginn des 2. Weltkrieges, der von Deutschland am 1.9. 1939 mit dem Überfall auf Polen begonnen wurde.

Seit rund 70 Jahren finden an diesem Tage in vielen Städten und an vielen Orten verschiedenste Veranstaltungen statt, die unter dem allgemeinen Motto „Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg“ stehen und immer auch konkrete Forderungen gegen Aufrüstung, Waffenexporte, Kriegsvorbereitungen und aktuelle Kriege in die Öffentlichkeit tragen. In diesem Jahr ist es natürlich der Krieg in der Ukraine, dessen schnelle Beendigung wir gemeinsam fordern. Aber wir vergessen dabei nicht die anderen Kriegsschauplätze in Palästina, Syrien, Irak, Jemen und in einigen afrikanischen Ländern. Wir sagen:

**Schluss mit allen Kriegen!
Verhandeln statt Schießen!
Nein zu einem neuen
Rüstungswettlauf
Abrüsten statt Aufrüsten!
Atomwaffen ächten und verbieten!**

01.09.22 17:00 Uhr:

Friedensandacht in der Anscharkirche
Christianstraße
mit Pastorin Mirjam Kull

01.09.22 18:00 Uhr:

Kranzniederlegung des DGB
am Gedenkstein im Rencks Park
mit Dr. Christof Ostheimer (Friedensforum)
Dierk Lohrmann (DGB SV-Vorsitzender)
und Tobias Bergmann (Oberbürgermeister)

01.09.22 20:00 Uhr:

Vom Sinn und Unsinn über Frieden und Krieg
Lesung im Caspar-von-Saldern-Haus
Haart 32, NMS
mit Ulrike Göking, Siegbert Schwab, Dr.
Christof Ostheimer und Stefan Back

02.09.22 20:00 Uhr:

Der Duft von Kardamom und Kaffee
Lesung im KDW, Waschpohl 20, NMS
mit Dr. Ursula Paszehr

09.09.22 20:00 Uhr

Music for hope - Der Pianist aus den Trümmern
Konzertlesung im
Caspar-von-Saldern-Haus
Haart 32, NMS
mit Aeham Ahmad und Andreas Lukas

Nähere Informationen zu den einzelnen
Veranstaltungen siehe

www.rundertisch-neumuenster.de

FÜR DEN FRIEDEN!

Gegen einen neuen Rüstungswettlauf!

Die Waffen müssen endlich schweigen!

„Nie wieder Krieg!“ – das ist und bleibt die Grundüberzeugung des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften. Jeder Krieg ist ein Angriff auf die Menschheit und die Menschlichkeit. Aus dieser Überzeugung unterstützen wir die Friedensbewegung mit unserer gewerkschaftlichen Kraft.

Mit dem verbrecherischen Überfall der russischen Armee auf die Ukraine ist der Krieg zurück in Europa. Im Nahen und Mittleren Osten, in Afrika und anderswo wüten weiterhin, teilweise seit Jahrzehnten, Kriege und Bürgerkriege. Tod, Zerstörung und Flucht – so lautet ihre fürchterliche Bilanz. Die Waffen müssen endlich schweigen – überall auf der Welt!

Russlands autokratisches Regime verfolgt eine brutale Politik der militärischen Konfrontation und Eskalation. Sein verbrecherischer Krieg zielt auf die Vernichtung der Ukraine ab. Selbst den Einsatz nuklearer Waffen schließt die russische Führung nicht aus. Die europäische und internationale Friedens- und Sicherheitsordnung liegt in Trümmern. Diese tiefe Zäsur zwingt uns, neue Antworten zu finden.

Die deutsche Bundesregierung hat darauf mit einer Reihe von Maßnahmen reagiert, um die Verteidigungs- und Bündnisfähigkeit unseres Landes im Rahmen der NATO und der EU zu stärken. In den letzten Monaten haben Themen, wie das Sondervermögen für die bessere Ausrüstung der Bundeswehr oder die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine, die öffentliche und politische Auseinandersetzung geprägt. Diese breite und offene Debatte ist notwendig. Sie hat sich aber immer stärker auf den Einsatz militärischer Mittel der Friedenssicherung verengt.

Mit unseren Aktionen und Kundgebungen am diesjährigen Antikriegstag warnen wir vor einer weiteren Militarisierung der Debatte. Der Ukraine-Krieg darf uns nicht zu dem Irrglauben verleiten, Frieden ließe sich mit Waffen schaffen. Hinzu kommt, dass jeder Euro, der zusätzlich für Aufrüstung ausgegeben wird, an anderer Stelle zu fehlen droht. Die Finanzierung militärischer Friedenssicherung darf weder auf Kosten der Leistungsfähigkeit unseres Sozialstaates gehen und die soziale Ungleichheit in unserem Lande verschärfen. Noch darf sie dazu führen, dass die dringenden Zukunftsinvestitionen in die sozial-ökologische Transformation ausbleiben. Deshalb wollen wir ein Zeichen setzen:

- für eine europäische und internationale Friedensordnung, die auf den Menschenrechten und den Prinzipien der Freiheit, der Selbstbestimmung und der sozialen Gerechtigkeit beruht. Die Bundesregierung fordern wir auf, ihren im Koalitionsvertrag formulierten Anspruch einer wertebasierten deutschen Außenpolitik konsequent umzusetzen.

- für eine kooperativ ausgerichtete Sicherheitspolitik, die weit über militärische Friedenssicherung hinausgeht. Auch der nationalen Sicherheitsstrategie der Bundesregierung muss ein breites Sicherheitsverständnis zugrunde liegen, das zentrale Aspekte, wie die Bewältigung der Folgen des Klimawandels, die Bekämpfung von Pandemien, die Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung und den Aufbau widerstandsfähiger internationaler Liefer- und Wertschöpfungsketten, umfasst. Gleichzeitig fordern wir, zivile Instrumente der Diplomatie, der Entwicklungszusammenarbeit und einer fairen Handelspolitik, der humanitären Hilfe und der Konfliktprävention, im Rahmen der neuen Strategie deutlich aufzuwerten.

- gegen einen neuen weltweiten Rüstungswettlauf. Gerade der Ukraine-Krieg zeigt, wie wichtig es ist, am Ziel einer weltweit kontrollierten Abrüstung festzuhalten. Die Festlegung der Bundesregierung, den deutschen Rüstungshaushalt dauerhaft auf das Zwei-Prozent-Ziel der NATO oder darüber hinaus aufzustocken, lehnen wir auch deshalb entschieden ab. Außerdem fordern wir die Bundesregierung auf, mit dem angekündigten Rüstungsexportkontrollgesetz umgehend für eine deutliche Beschränkung von Waffenexporten zu sorgen.

- für eine weltweite Ächtung von Atomwaffen. Alle Nuklearmächte modernisieren derzeit ihre Atomwaffenarsenale. Dieser Wahnsinn muss beendet werden! Dabei sehen wir auch die Bundesregierung in der Pflicht: Wir fordern sie auf, an dem im Koalitionsvertrag formulierten Ziel eines atomwaffenfreien Deutschlands festzuhalten, aus der nuklearen Teilhabe auszusteigen und die Lagerung von Atomwaffen in unserem Land zu beenden. Das bedeutet für uns auch, dass Deutschland dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag beitreten muss.